

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

53. Ministerrat

10. April 2019

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 7. März 2019, mit dem ein Beschluss vom 28. Februar 2019 betreffend „Erhöhung der Saisonarbeitskräfte für die Schadholzaufarbeitung“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 17. März 2019, mit dem ein Beschluss vom 21. Februar 2019 betreffend „lebenslanges Tätigkeitsverbot für verurteilte Sexualstraftäter und sinnvolle Maßnahmen zur Verschärfung des Strafrechts“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes vom 20. März 2019, mit dem eine Resolution betreffend „Bonussystem (steuerliches Prämiensystem) für Unternehmen, die Feuerwehrmitglieder bei Großschadenslagen vom Dienst frei stellen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Bürgermeisters von Marchtrenk vom 25. März 2019, mit dem eine Resolution vom 21. März 2019 „gegen die Erhöhung von Tempolimits für LKW über 7,5 Tonnen auf Autobahnen“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Bürgermeisters von Landeck vom 26. März 2019, mit dem eine Resolution vom 21. März 2019 betreffend „Lehre für Asylwerber in Mangelberufen“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Bürgermeisters von Riedau vom 1. April 2019, mit dem eine Resolution vom 28. März 2019 betreffend „Rettet die Bienen – für den Schutz von Böden und Artenvielfalt“ vorgelegt wird.
7. E 57-NR/XXVI.GP vom 27. März 2019 betreffend "Verhinderung von Parallelgesellschaften und Radikalisierung" (Wortlaut siehe Beilage).
8. E 58-NR/XXVI.GP vom 27. März 2019 betreffend "entschlossene Bekämpfung von Schlepperei und Menschenhandel" (Wortlaut siehe Beilage).
9. E 60-NR/XXVI.GP vom 28. März 2019 betreffend "Strategie gegen Extremismus" (Wortlaut siehe Beilage).
10. E 61-NR/XXVI.GP vom 28. März 2019 betreffend "Agrarmärkte und regionale Produktion" (Wortlaut siehe Beilage).
11. E 64-NR/XXVI.GP vom 28. März 2019 betreffend "das Ende des INF-Vertrages verhindern" (Wortlaut siehe Beilage).

Entschließung

des Nationalrates vom 27. März 2019

betreffend Verhinderung von Parallelgesellschaften und Radikalisierung

Die Bundesregierung wird ersucht, weiterhin alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um jeglicher islamistischer Radikalisierung in Österreich vorzubeugen und entgegenzuwirken sowie die Bildung von Parallelgesellschaften zu verhindern.

Entschließung

des Nationalrates vom 27. März 2019

betreffend entschlossene Bekämpfung von Schlepperei und Menschenhandel

Die Bundesregierung wird ersucht, auf nationaler und europäischer Ebene die entschlossene Bekämpfung von Schlepperei und Menschenhandel und der damit verbundenen irregulären Migration fortzusetzen und durch Präventivmaßnahmen in den Herkunftsländern eine Bewusstseinsbildung voranzutreiben.

Entschließung

des Nationalrates vom 28. März 2019

betreffend Strategie gegen Extremismus

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unter Einbindung des „bundesweiten Netzwerks für Extremismusprävention und Deradikalisierung“ (BNED), eine umfassende Strategie und konkrete Maßnahmen (wie etwa Aussteigerprogramme) gegen jegliche Form des Extremismus zu erarbeiten

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 28. März 2019

betreffend Agrarmärkte und regionale Produktion

Die Bundesregierung – insbesondere die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus - wird ersucht, die Wichtigkeit des Handels mit Agrarprodukten für die österreichische Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft und die Ernährungssicherheit hervorstreichend. Im Sinne der Unterstützung des für die einheimische Wertschöpfung besonders relevanten Außenhandels mit Lebensmitteln ist insbesondere die Bedeutung von EU-Lebensmittelqualitätsregelungen, nationale Herkunftsregelungen und gesetzlich anerkannten Gütesiegeln hervorzuheben.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 28. März 2019

betreffend das Ende des INF-Vertrags verhindern

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres, wird ersucht, rasch Initiativen zu setzen, um den INF-Vertrag zu erhalten und ein neuerliches nukleares Wettrüsten auf Kosten von Frieden und Sicherheit in Europa zu verhindern.

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres, wird ersucht, sich auch in der EU mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die gegenseitigen Anschuldigungen von USA und Russland im Zusammenhang mit dem INF- Vertrag gemäß dem darin vorgesehenen Streitschlichtungsmechanismus im bilateralen Rahmen transparent und kooperativ verifiziert werden und es sodann zu den nötigen Maßnahmen kommt, die für eine volle und nachprüfbare Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag erforderlich sind.

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres, wird ersucht, sich bilateral und im Rahmen der EU sowie anderen multilateralen Foren mit Nachdruck für eine Wiederaufnahme eines konstruktiven Dialogs zwischen den Vereinigten Staaten und Russland einzusetzen, um einen Fortbestand des INF-Vertrags zu ermöglichen.

Die Bundesregierung wird ersucht, sich auch weiterhin nachdrücklich für die Schaffung einer atomwaffenfreien Welt in Einklang mit dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen einzusetzen und das Inkrafttreten und die Umsetzung des Vertrages über das Verbot von Kernwaffen als wichtigen Baustein auf dem Weg dorthin zu unterstützen.